

Brück, Tilman

**Article**

## In Wachstum investieren - unabhängig von der Staatsquote: Kommentar

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Brück, Tilman (2009) : In Wachstum investieren - unabhängig von der Staatsquote: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 25, pp. 420-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151803>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## In Wachstum investieren – unabhängig von der Staatsquote

von Tilman Brück\*

Im Zuge der Wirtschaftskrise steigt die deutsche Staatsquote dramatisch an. Betrug sie 2008 nur 43,9 Prozent, so droht dieser Wert nach der aktuellen Prognose des DIW Berlin auf rund 48 Prozent im laufenden und im nächsten Jahr zu steigen; sie erreicht damit wieder das Niveau von 2002 und 2003. Andere Experten, etwa am IfW und – laut Spiegel – im Finanzministerium, fürchten sogar einen Anstieg auf über 50 Prozent.

Dafür gibt es zwei Gründe. Einerseits gibt die Bundesregierung in der Krise viel Geld für den Arbeitsmarkt aus. Andererseits schrumpft die Wirtschaft dramatisch. Damit steigt auch zwangsläufig der Anteil des Staates am verbleibenden Bruttosozialprodukt.

Aus technischen Gründen sind die Bürgschaften für Banken und Firmen in der Staatsquote gar nicht enthalten. Sie würden erst berücksichtigt, wenn der Staat zahlen müsste. Damit stellen die Rettungsprogramme der Bundesregierung lediglich ein Risiko für eine spätere, weitere Erhöhung der Staatsquote dar.

Dabei stellt sich die Frage: Ist eine hohe Staatsquote zwangsläufig schlecht für das Wachstum? Neben den Positionen, die gern deutlich weniger oder deutlich mehr Staat in der Wirtschaft sehen würden, gibt es noch eine dritte Perspektive.

Danach ist nicht die Menge der staatlichen Aktivitäten in der Wirtschaft entscheidend, sondern ihre Qualität. Die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion in Deutschland sollte viel mehr die Ausgabenstruktur beachten und relativ höhere Investitionsausgaben einfordern. Deutschland droht bei der Sicherung unseres Wettbewerbsvorteils in Bereichen wie Innovation, Forschung und Entwicklung international zurückzufallen. Egal ob der Staat oder die Wirtschaft es tut, wir sollten mehr investieren – auch in Zeiten mit einer konjunkturell bedingten hohen Staatsquote.

Wir sollten von den Amerikanern, aber auch von Schwellenländern wie China und anderen, lernen, dass es Staatsausgaben gibt, die Wachstum fördern und solche, die dies nicht tun. All zu lange haben wir es in Deutschland und Europa versäumt, unsere Staatsausgaben umzuschichten zu den wachstumsrelevanten Politikfeldern. Dies mag im Einzelfall, wenn Pfründe und Gewohnheiten aufgegeben werden müssen, politisch schmerzhaft sein. Aber es sollte auch für eine Regierung langfristig die erfolgreichere Strategie sein, Wachstum statt Stillstand zu finanzieren.

In Deutschland und in Europa allgemein hat sich die Diskussion zu lange an der ideologischen Frage nach der Größe des Staates festgeklammert. Jetzt bietet die Krise auch eine Chance. Unter dem harten Diktat der dramatisch leeren öffentlichen Kassen muss die Politik nun entscheiden, wofür sie zukünftig noch Gelder bereitstellen möchte – und wo weniger wachstumsrelevante Ausgaben endlich eingestellt werden können. Dies sind schwierige Aufgaben – aber auch eine Gelegenheit, Steuergelder zukünftig gezielter für Wachstum einzusetzen.

\* Prof. Dr. Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft des DIW Berlin.

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.